

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

**Stellungnahme von**

Name / Firma / Organisation\*    Texteingabe

Abkürzung der Firma / Organisation\*    Texteingabe

Adresse\*    Texteingabe

Kontaktperson\*    Texteingabe

Telefon\*    Texteingabe

E-Mail\*    Texteingabe

Datum\*    Texteingabe

**Wichtige Hinweise**

- Bitte dieses **Formular ausfüllen und im Word-Format sowie als PDF an [bnl@bafu.admin.ch](mailto:bnl@bafu.admin.ch)** senden.
- **Frist: 5. Juli 2024**
- Sie können auch nur zu einzelnen Artikeln Stellung nehmen. Bitte die dafür vorgesehene Zeile verwenden.
- Für die Kantone sind die hervorgehobenen Stellen zwingend zu beantworten.
- \* = Pflichtfeld: Bitte im Minimum diese Felder ausfüllen.
- Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

## I. Zusammenfassung\* / Wichtigste Anliegen zur Vorlage\*

### Zusammenfassung kurz

Die Vorlage zur Revision der Jagd- und Schutzverordnung (JSV) ist einseitig auf Wolfsabschüsse ausgerichtet, anstatt das Ziel der eidgenössischen Jagd- und Schutzgesetzgebung zu beachten. Die JSV muss sich strikt an die übergeordneten Vorgaben (Bundesverfassung, Eidgenössisches Jagd- und Schutzgesetz JSG – unter Berücksichtigung auch der Berner Konvention) halten und den Umgang mit dem Wolf in diesem Rahmen rechtskonform regeln. Dies bedeutet namentlich, dass der Schutz des Wolfes erhalten bleibt und er nicht zur quasi-jagdbaren Art degradiert wird, dass der Herdenschutz einem Eingriff in den Wolfsbestand immer voran geht und dass Abschüsse von Wölfen nur zulässig sind, wenn entweder ein erheblicher bzw. grosser Schaden aufgetreten ist (Abschuss Einzelwölfe respektiv reaktive Regulierung von Wolfsrudeln) oder die Regulierung von Rudeln notwendig ist, um ernste Schäden oder Gefahren zu verhindern, die trotz umgesetzter Schutzmassnahmen aller Wahrscheinlichkeit nach drohen. Dieser rechtliche Rahmen wird durch die Verordnung teilweise nicht beachtet, was zwingend zu korrigieren ist. Dazu dienen die Anträge zu den einzelnen Artikeln.

Strikt abzulehnen ist zudem die geplante Aufweichung des Artenschutzes durch die geplanten Einzelabschüsse von Bibern ohne Erreichung einer Schadensschwelle. Eine präventive Regulierung des Bibers wurde durch den Gesetzgeber im Rahmen der Beratungen zur Revision des Jagdgesetzes 2022, die Grundlage ist (sein sollte) für diese Revision der JSV, abgelehnt, weshalb es unredlich ist, diese über die Hintertür der JSV einzuführen.

### Zusammenfassung lang

#### **1. Die Jagd- und Schutzverordnung (JSV) darf nicht zu einer «Abschussverordnung» verkommen**

Das Jagd- und Schutzgesetz JSG regelt sowohl den Schutz als auch die Nutzung und die Schadensverminderung der einheimischen Säugetiere und Vögel. Dem muss auch die Jagd- und Schutzverordnung JSV nachkommen. Die aktuelle Revision der JSV beinhaltet zwar mit den Wildtierkorridoren einen neuen und begrüßenswerten Schutzteil, legt diesen aber einseitig zugunsten mehrheitlich jagdbarer Arten aus. Sonst fehlen dringend nötige Schutzmassnahmen für Arten und Lebensräume, wie zum Beispiel Feldhase, Schneehuhn, Birkhahn, Waldschnepfe und Entenarten.

Ausführlich regelt die Revision hingegen Eingriffe gegen geschützte Tiere. Das ist – wie bereits seit Jahren in der etappenweise angepassten Jagdverordnung – sehr einseitig. Dass neben dem Wolf nun auch gegen den Biber «geschossen wird» – im wörtlichen Sinn – obschon dafür gar kein Auftrag aus der JSG-Revision von 2022 besteht (im Gegenteil), ist unhaltbar.

Es handelt sich erneut um eine eigentliche Abschuss-Revision, die dringend korrigiert werden muss. Sonst geht das nötige Gleichgewicht zwischen Schutz und Abschuss im Schweizer Jagd- und Schutzrecht gänzlich verloren.

#### **2. Ziel sind nicht Abschüsse von geschützten Tieren sondern ist die Koexistenz mit diesen**

Beim Wolf ist die Verordnung gemäss dem Entwurf immer noch ausschliesslich auf Abschüsse

ausgerichtet. Die wichtige Rolle des Wolfs im Ökosystem wird weder im Verordnungstext noch im erläuternden Bericht erwähnt. Auch das Ziel einer Koexistenz zwischen Grossraubtieren und Alp- und Landwirtschaft kommt nicht vor. Vielmehr wird mit detaillierten Bestimmungen geregelt, wie der Wolf bekämpft werden soll. Dass dabei gegenüber der aktuell in Kraft stehenden Version der JSV punktuell auch Verbesserungen im Entwurf enthalten sind, ist fachlich sinnvoll, ändert aber zu wenig an der gesamten Ausrichtung der Vorlage.

Die Verordnung und insbesondere der erläuternde Bericht scheinen davon auszugehen, dass die ganze Schweiz eine Art Zoo ist, in dem die Zuständigen von Bund und Kantonen für die hier wildlebenden Tiere Gebiete und Bestandszahlen vorschreiben können und ihnen mit Abschüssen zeigen, wie und wo sie zu leben haben. Das zeigt sich etwa daran, dass der Mensch mit dem Gewehr eine „gute Verteilung der Wolfsrudel“ erreichen soll. Dieses Ziel ist in der Verordnung nicht allein beim Wolf enthalten, sondern auch beim Steinbock. Die Jagdverwaltenden wollen mit Abschüssen die Konkurrenz zwischen dem Steinbock und anderen Wildtierarten nach ihren Vorstellungen regeln, wohl um den Jägern genügend Jagdwild und den Kantonen entsprechende Einnahmen zu garantieren. Doch damit nicht genug: Abschüsse sollen auch getätigt werden, um die Konkurrenz innerhalb der Steinbockkolonie – also die normalen Auseinandersetzungen zwischen Tieren einer Kolonie um den ersten Platz von Männchen und um die Gunst der Weibchen – in den menschlichen Griff zu bekommen. Dies entbehrt jeglicher wissenschaftlichen Grundlage.

### **3. Die neue Verordnung soll mehr Rechtssicherheit im Umgang mit dem Wolf schaffen – nicht weniger**

Beim Wolf haben die Ereignisse der Regulierungsperiode von Dezember 2023 und Januar 2024, basierend auf einer überhastet in Kraft gesetzten JSV-Revision ohne Vernehmlassung, gezeigt, dass diese Verordnung sehr problematisch ist. Es wurden Wölfe weitgehend wahllos und mit je nach Kanton unterschiedlichen Strategien geschossen und dies mit Kollateralschäden wie einem totgeschossenen Herdenschutzhund. Zudem enthält die in Kraft stehende Version viele unbestimmte Begriffe, die zu Beschwerdeverfahren führten. Die darin aufgeworfenen, wichtigen rechtlichen Fragen sind ungelöst. In der nun vorliegenden Version wurden gewisse Verbesserungen angebracht, viele Fragen bleiben aber offen.

Der Zustand der Rudel in Graubünden und im Wallis ist nach Ende der Abschüsse noch nicht im Detail bekannt. Bestätigt ist aber, dass im Kanton St. Gallen vom Rudel Calfeisental, das nach Plan der Behörden ganz hätte eliminiert werden sollen, «nur» die beiden Elterntiere getötet wurden, womit die Jungtiere elternlos wurden und gemäss dem Erläuternden Bericht nun „eine besondere Gefahr zum Reissen von Kleinvieh“ sein dürften. Nach Medienberichten konnte wohl auch im Wallis trotz 27 Wolfsabschüssen kein einziges Rudel vollständig entfernt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es kommenden Sommer gerade wegen der unverhältnismässigen, ziellosen Eingriffe in den Wolfsbestand zu mehr statt weniger Nutztierschäden kommt.

Aufgabe der JSV-Revision müsste es sein, für mehr Gewissheit und Rechtssicherheit im Umgang mit dem Wolf zu sorgen und die rechtlich fragwürdigen Auswüchse der vergangenen Regulierungsaison künftig zu verhindern. Doch die Verordnung bleibt nach Vorschlag des Bundesrates weitgehend dieselbe. Zudem wird die kommende Regulierungsaison 2024/25 mehr als doppelt so lange dauern, wie die vergangene.

Unter dem Stichwort des Verhältnisses zum internationalen Recht wird im Erläuternden Bericht richtigerweise gesagt, dass Massnahmen gegen den Wolf gemäss Berner Konvention nur möglich sind zur Verhütung „ernster Schäden“ (und unter weiteren Bedingungen). Im Parlament wurde im Amtlichen Bulletin ebenfalls festgehalten, dass die befürchteten Schäden für eine proaktive Re-

gulierung „gross“ sein müssen. Im Entwurf der JSV wird aber weiterhin nur von „Schäden“ gesprochen. Im Erläuternden Bericht wird auf Seite 8 sogar ausdrücklich gesagt, dass es nicht mehr darum gehe, einen grossen (drohenden) Schaden zu verhüten. Trotzdem wird weiterhin behauptet, dass die Neuregelung gemäss Entwurf JSV der Berner Konvention entspricht. Dies ist nicht der Fall. Entsprechend sind Art. 4b und die Erläuterungen so anzupassen, dass sie mit JSG, Verfassung und Berner Konvention übereinstimmen.

Es stimmt nicht, dass die Wolfspopulation exponentiell wächst. Das tönt danach, als ob der Bestand endlos wachsen würde. Richtig ist, dass der Bestand logarithmisch wächst und einen gesättigten Bestand erreichen wird. Auch falsch ist, dass die Nutztierrisse ansteigen. Richtig ist, dass sie 2023 deutlich abgenommen haben. Diese Information wird in der Einleitung verschwiegen, indem für 2023 eine Zahl genannt wird, ohne diese einzuordnen. Die genannten 991 Nutztierrisse entsprechen einer deutlichen Abnahme gegenüber 2022.

Als das Parlament im September bis Dezember 2022 das Gesetz beriet und beschloss, hatte es 26 Rudel und gesamthaft 240 Wölfe in der Schweiz. Das wäre – wenn überhaupt – die richtige Vergleichszahl. Sie liegt weit über dem im Erläuternden Bericht genannten Wert von 14 Rudeln und 150 Wölfen bei Einreichung der Pa.lv.

**A. Forderungen betreffend die Regelungen in der JSV zum Wolf, zum Umgang mit der «proaktiven Wolfsregulierung» und zu vorgängigen Schutzmassnahmen:**

- Die neue JSV muss voll mit der Verfassung, dem JSG und der Berner Konvention übereinstimmen. Der Wolf darf nicht nur national, sondern auch kantonale und lokal nicht wieder ausgerottet werden. Wolfsfreie Zonen wären illegal. Es gilt „Lebensrecht wo Lebensraum“ (generell Art. 4b).
- Ziel muss die Koexistenz von Wolf und Alp- und Landwirtschaft sein. Die Rolle des Wolfes im Ökosystem und insbesondere im Wald muss bei allen Entscheiden mitberücksichtigt werden (generell Art. 4b und vorgeschlagener neuer Abs. 3a).
- Ein Mindestbestand von 12 Wolfsrudeln ist nicht haltbar. Eigentlich muss gar kein solcher Mindestbestand festgelegt werden, da Wölfe nur dann reguliert werden dürfen, wenn sie grossen Schaden anzurichten drohen. Sollte dennoch ein Mindestbestand festgelegt werden, müsste dieser für die Schweiz 40 Rudel umfassen: Gemäss CBD-Bericht in Montreal von 2022 müsste die Zahl für den Mindestbestand bei Wirbeltieren für eine Population (hier in den Alpen) neu mindestens 500 reproduzierende Individuen (und nicht 250 wie im RowAlps Report 2016 erwähnt) umfassen. Der Anteil Wolfsrudel für die Schweizer Alpen liegt damit neu bei 34 Rudeln. Hinzu kommen mindestens 6 (statt wie bisher 3) Rudel im Jura (Art. 4b Abs. 3 und Anhang 3).
- Eine vorgezogene Regulierung darf nur dazu dienen, mit aller Wahrscheinlichkeit drohende ernste/grosse Schäden oder eine Gefährdung von Menschen zu verhindern, sofern dies mit umgesetzten Herdenschutzmassnahmen nicht möglich ist. Auf jeden Fall sind zuerst die milderen Massnahmen inklusive Vergrämung zu ergreifen (diverse Elemente von Art. 4b).
- Damit ein Wolfsrudel vor Schäden reguliert werden kann, muss also zumindest erster Schaden eingetreten sein, der das spätere Eintreten eines grossen Schadens plausibel befürchten lässt. Auch in den Erläuterungen heisst es, dass scheue Rudel, die keine

Schäden anrichten, nicht reguliert werden dürfen. Dies steht im Widerspruch zu einer anderen Aussage in den Erläuterungen, wonach die «Basisregulierung ab dem ersten Wolfsrudel in der Region möglich» oder «bei jedem Wolfsrudel zulässig» sei. Als Hinweis, dass ein grosser Schaden mit aller Wahrscheinlichkeit droht, kann ein einzelner Riss nicht ausreichen. Es braucht mindestens mehrere Risse bei wiederholten Angriffen. Nur wenn unauffällige Rudel unbehelligt bleiben, kann sich ihre unauffällige Verhaltensweise nach und nach auf Ebene des Bestands durchsetzen (insbesondere Art. 4b Abs. 3).

- Der Begriff einer Basisregulation suggeriert, dass eine Entfernung von Jungtieren aus Rudeln ohne jeden Bezug zu drohenden grossen Schäden möglich wäre. Das widerspricht dem Gesetz. Der Begriff ist durch „Teilregulation“ zu ersetzen (Erläuterungen zu Art. 4b Abs. 3).
- Eine Totalregulierung durch Auslösen ganzer Rudel muss die Ausnahme bleiben («ultima ratio», wie auch im Erläuternden Bericht geschrieben). Wenn sie in solchen Spezialfällen bewilligt wird, sind zuerst alle Jungtiere zu erlegen, bevor die Elterntiere getötet werden dürfen, diese aber in jedem Fall erst am November. Eine Nachstellung auf Wölfe hat bei hohen Schneelagen aus Tierschutzgründen ebenso zu unterbleiben, wie jegliche sonstige «Spezialjagd» (z.B. auf Rothirsch) (Art. 4b neuer Abs. 3b).
- Von einer Kantonalisierung des erfolgreichen Herdenschutzprogramms des Bundes ist abzusehen. Alle entsprechenden Artikel des Entwurfs sind anzupassen (insbesondere Art. 10d bis 10f).
- Insbesondere soll der Bund auch das erfolgreiche Programm für Herdenschutzhunde weiterführen und wie bisher die Schutzmassnahmen der Alpbetriebe direkt pragmatisch unterstützen (Art. 10d).
- Nicht zumutbar schützbare Flächen dürfen nur im Sömmerungsgebiet und nur sehr restriktiv ausgeschieden werden können. Eine proaktive Teilregulierung oder gar Eliminierung ganzer Wolfsrudel aufgrund von Rissen in Herden auf «unschützbar» Weiden ist ausgeschlossen (Art. 10b und 10c).
- Die Herdenschutzmassnahmen sind von den Kantonen regelmässig zu kontrollieren. Eine obligatorische Kontrolle der erfolgten Massnahmen hat bei jedem Nutztierriess vor Ort und nicht bloss aufgrund Konsultation des einzelbetrieblichen Herdenschutzkonzepts auf dem Papier zu erfolgen. Die reale Umsetzung der Herdenschutzmassnahmen wird ansonsten – gerade angesichts der weitreichenden Abschussmöglichkeiten gegen Wölfe – wohl kaum mehr ernst genommen (Art. 10e).
- Der generelle Beizug von Jägerinnen und Jägern zur Wolfsregulierung ist auszuschliessen. In begründeten Ausnahmefällen können – analog zum Vorgehen bei der Wildtierregulierung in eidgenössischen Jagdbanngebieten – eigens dafür beauftragte, individuelle Jägerinnen und Jäger aus der Region von der Wildhut / Jagdaufsicht beigezogen werden. Die dafür fachlich und praktisch notwendige Ausbildung muss gewährleistet sein.
- Das BAFU muss ab sofort seine Aufsichtspflicht wieder richtig wahrnehmen und die Verfügungen der Kantone entsprechend prüfen, insbesondere im Hinblick auf die kommende Regulierungsfrist zwischen September 2024 und Januar 2025. Die summarische Prüfung vom Herbst 2023 beziehungsweise das weitgehende Durchwinken der kantonalen Verfügungen verletzt die Aufsichtspflicht.

#### **4. Beim Biber ist auf alle neuen Regelungen zu verzichten**

Die jetzt vorgeschlagenen Eingriffsmöglichkeiten gegen Biber gehen weit über das Eliminieren als «ultima ratio» hinaus und führen quasi eine Biberregulierung ohne erfolgten erheblichen Schaden auf der Basis von Einzelabschüssen durch die Hintertür ein – trotz anderslautendem Votum des Stimmvolks im Referendum 2020. Die jetzigen Absichten des BAFU beim Biber waren zudem auch nicht Teil der Gesetzesrevision von 2022, gegen die sonst erneut ein Referendum hätte ergriffen werden können. Es ging bei der JSG-Revision und der Debatte in den eidgenössischen Räten ausschliesslich um die Vergütung von Schäden. Die anderslautenden Angaben in den Erläuterungen entsprechen nicht den Tatsachen.

Ebenso unhaltbar ist, aus der Standesinitiative 15.300 betreffend Entschädigung für Schäden, welche Biber an Infrastrukturen anrichten, abzuleiten, dass damit faktisch eine neue Form von Abschüssen geschützter Wildtiere eingeführt werden könne, nämlich von «Einzeltierabschüssen ohne erfolgten erheblichen Schaden». Eine Gesetzesgrundlage dafür besteht nicht. Die Konfliktprävention beim Biber via Eingriffe am Damm, mit Objektschutz und durch Ausscheidung von Gewässerräumen sowie Entschädigungszahlungen ist bewährt. Es gibt keinen Grund, hier nun weitreichende Möglichkeiten zur Eliminierung von Bibern einzuführen.

#### ***B. Forderungen betreffend Biber***

- Auf die Einführung von Art. 9d ist gänzlich zu verzichten. Art. 12 Abs. 2 JSG kann beim Biber weiterhin direkt angewandt werden, wenn einmal letale Einzelmassnahmen an Bibern nötig werden sollten (Art. 9d).
- Auf jeden Fall sind im Verordnungstext und im Erläuternden Bericht alle Aussagen zu streichen, die auf eine gesetzeswidrige Auslegung hindeuten, wonach es so etwas wie proaktive Einzelmassnahmen gegen Biber geben könnte (Art. 9d und Erläuterungen).
- Der Schwerpunkt beim Biber liegt bei der Verhütung von grossen Schäden. In den meisten Kantonen ist das mit pragmatischem Vorgehen längst eingespielt (Art. 13 Abs. 5 JSG).
- Das BAFU ist angehalten, seine Kommunikation zum Biber zu mässigen und sachbezogen zu führen. Die prominente Aussage eines BAFU-Vertreterers bei Radio SRF1 im Januar 2024, dass die Probleme um den Biber noch viel grösser seien als jene um den Wolf, ist nicht zielführend.

#### **5. Regelungen betreffend Wildtierkorridoren und Schutzgebieten vollumfänglich übernehmen**

Die Sicherung der Wildtierkorridore ist einer der wenigen Punkte in der JSV-Revision, welche den wildlebenden Tieren der Schweiz zugutekommen. Die neuen Finanzierungsmöglichkeiten für Massnahmen für Arten und Lebensräume in den JSG-Schutzgebieten sind vom Umfang her zwar noch absolut ungenügend. Als guter Anfang sind sie trotzdem zu begrüssen.

### **C. Forderungen zu Wildtierkorridoren und Schutzgebieten**

- Die Regelungen betreffend Wildtierkorridore und Finanzierung der Massnahmen in den Jagdbanngebieten und Wasser- und Zugvogelreservaten sind unverändert zu übernehmen und dürfen nicht abgeschwächt werden (Art. 8c und 8d, Anpassungen VEJ und WZVV).
- Die Wildtierkorridore sind auf die gesamte Schweizer Fauna auszurichten und nicht nur (mit Ausnahme des Luchses) auf jagdbare grössere Säugetierarten. Der Erläuternde Bericht ist entsprechend anzupassen (Erläuternder Bericht zu Art. 8c).

### **6. Den Schutz bedrohter und potenziell gefährdeter Arten verbessern**

Noch immer werden bedrohte Arten oder solche, die potenziell gefährdet sind (auf der Vorwarnliste) gejagt. Das ist anachronistisch. Zudem werden in der Schweiz Arten der internationalen Roten Liste gejagt oder solche, die schon längst unter Schutz gestellt hätten werden müssen.

Der Einsatz von Bleimunition gefährdet andere Wildtiere erheblich und ist nicht mehr zu rechtfertigen, da ausreichende Alternativen bestehen.

### **D. Forderungen betreffend Schutz der Arten**

- Folgende bisher jagdbaren Arten sind im Rahmen der JSV-Revision als geschützt zu erklären:
  - o Feldhase: auf der Roten Liste, Bestände deutlich abnehmend
  - o Waldschnepfe: auf der Roten Liste, auch im Jura deutlich abnehmend
  - o Birkhahn: auf der Vorwarnliste, gefährdet durch Störungen auch durch Jagd
  - o Schneehuhn: auf der Vorwarnliste, gefährdet durch Klimawandel und Störungen
  - o Spiessente: auf der europäischen Roten Liste
  - o Tafelente: auf der europäischen Roten Liste
  - o Samtente: auf der europäischen Roten Liste
  - o Eiderente: auf der europäischen Roten Liste
  - o Eigentlich müsste auch die Jagdbarkeit der Saatkrähe (auf der europäischen Roten Liste) aufgehoben werden. Wir sind aber einverstanden, dass die Entwicklung ihrer Rote-Liste-Einstufung vorerst genau verfolgt wird.  
(Art. 3bis Abs.1)
- Verbot von Bleischrot mit kurzer Übergangsfrist (Art. 2 Abs. 1 Bst. l).

### **Fazit\***

Gesamteinschätzung:	Grundsätzliche Überarbeitung
---------------------	------------------------------

Gesamteinschätzung kurz

Der Änderungsentwurf der JSV geht weit über die gesetzlichen Grundlagen hinaus und ist nicht dazu geeignet, das konfliktarme Zusammenleben zwischen Menschen, Nutztieren, Wölfen und auch Bibern zu gewährleisten. Der Entwurf als Solcher ist daher grundsätzlich zu überarbeiten.

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Gesamteinschätzung lang

Die Verordnungsänderung ist sehr heterogen. Beim Schutz gibt es einige wenige Verbesserungen, insbesondere bei den Wildtierkorridoren. Gut, wenn auch noch nicht ausreichend zur Stärkung besagter Schutzinstrumente, sind die neuen Abgeltungen für Massnahmen für Arten und Lebensräume in den JSG-Schutzgebieten (es fehlt aber beispielsweise noch die Pflicht zur Erarbeitung von Schutzkonzepten für die einzelnen Gebiete – die Objektblätter sind diesbezüglich nicht ausreichend konkret). Der Umfang dieser positiven Massnahmen wird jedoch den echten Herausforderungen beim Schutz bei weitem nicht gerecht. Und es fehlen dringend nötige Verbesserungen beim (Arten-)Schutz.

Die Revision wird von Regelungen zu Eingriffen bei eigentlich geschützten Arten dominiert. Beim Wolf ist weiterhin fraglich, ob die Neuregelung nicht gesetzes- und verfassungswidrig ist und die Berner Konvention verletzt. Punktuellen Verbesserungen gegenüber der aktuell geltenden Version bei der Wolfsregulierung steht weiterhin entgegen, dass die Rolle des Wolfs im Ökosystem nicht angemessen berücksichtigt wird und der Grundsatz für Wildtiere in der Schweiz, wonach diese leben können sollen, wo es Lebensraum für sie gibt, für den Wolf abgeschafft werden soll. Das ist nicht statthaft.

Gravierend ist, dass sich der Bund beim Herdenschutz aus der Verantwortung nehmen will und dass geplant ist, die Kontrolle der Umsetzung des Herdenschutzes bei Rissen praktisch abzuschaffen. Das ist verheerend für die Koexistenz von Wolf und Alp- und Landwirtschaft.

Besonders gravierend sind die neuen Bestimmungen zudem beim Biber: Hier wird versucht, eine – illegale – neue Kategorie von Einzelabschüssen ohne erfolgten erheblichen Schaden zu schaffen.

Im Bereich der Information und Beratung ist der Verordnungsentwurf zudem auch hochgradig ungenügend.

Zusammengefasst ist der Verordnungsentwurf in vielen Teilen grundsätzlich zu überarbeiten, während er in wenigen anderen (z.B. Wildtierkorridore, Tierschutz) gut ist und daran keinerlei Abstriche gemacht werden dürfen.

## II. Bemerkungen zu den einzelnen Änderungen

### Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
Art. 1a	Nachsuche verletzter Wildtiere	
Insgesamt	Keine Stellungnahme	-

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
<b>Art. 4a</b>	<b>Regulierung von Steinböcken</b>	
Insgesamt	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Es ist richtig, dass der Steinbock eine geschützte Art bleibt. Es wäre nicht statthaft, den Steinbock als jagdbar zu erklären, insbesondere auch nicht durch den Bundesrat auf dem Verordnungsweg ohne Referendumsmöglichkeit.
Abs. 1	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	In den Erläuterungen ist der Begriff «jagdliche Regulierung» zu streichen. Jagd und Regulierung sind unterschiedliche Dinge. Bei der Jagd können Jagdberechtigte jagdbare Tiere insoweit frei erlegen, als es den Vorschriften entspricht. Regulierungen von geschützten Arten hingegen sind behördliche Massnahmen gegen geschützte Tiere (Erläuternder Bericht Seite 17), auch wenn sie allenfalls teilweise auch von Jägern ausgeführt werden. Es muss von «Regulierung mittels Abschüssen» oder ähnlich gesprochen werden.
Abs. 2	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	<p>Bst. c In den Erläuterungen wird gesagt, dass Abschüsse dazu dienen sollen, die «Konkurrenz mit Steinböcken derselben Kolonie» zu verhindern. Dieser Satz ist zu streichen. Er zeigt die Mentalität, die hinter der ganzen Revision des Jagdrechts steht, in natürliche Prozesse eingreifen und sie nach den Vorstellungen der Menschen bestimmen zu wollen. Die Konkurrenz innerhalb eines Steinbockbestandes gehört zu den Abläufen in der Natur. Das UVEK bzw. der Bundesrat darf aus der Natur keinen Zoo machen, wo Zoodirektor:innen bestimmen, wovon es wo wieviel hat und wie diese zu leben haben.</p> <p>Bst. d Antrag: <a href="#">Bst. d streichen.</a> Begründung: Für alle wildlebenden Tierarten der Schweiz gilt «Lebensrecht wo Lebensraum» (vgl. KWL September 2023). Es ist deshalb nicht an den Kantonen, Zielbestände festzulegen, auch nicht beim Steinbock. Noch weniger wäre zulässig, wenn die Kantone ihre Regulierungsverfügungen auf einen solchen Zielbestand ausrichten würden. Zulässig ist einzig eine Regulierung gemäss Art. 4a Abs. 2 Bst. b.</p>
Abs. 3	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Der Begriff der jagdlichen Regulierungsmassnahme ist in den Erläuterungen zu ändern (siehe oben).
Abs. 4	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Der Begriff der jagdlichen Regulierungsmassnahme ist in den Erläuterungen zu ändern (siehe oben).
Abs. 5	Keine Stellungnahme	-

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
Art. 4b		<b>Regulierung von Wölfen nach Artikel 7a Absatz 1 Buchstabe b Jagdgesetz</b>
Insgesamt	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Die Ziele der neuen Wolfsregulierung, die in den Erläuterungen aufgeführt werden, stimmen nicht mit dem Zweck der Regulierung gemäss JSG überein. Das ist zu korrigieren. Die Gründe und Ziele, die zu einer präventiven Regulierung des Wolfes führen dürfen, sind im Gesetz eindeutig und abschliessend aufgeführt, die Verordnung darf diesen nicht widersprechen und diese nicht ausweiten. Die präventive Regulierung ist demnach auch nicht zulässig, um Bagatellschäden oder abstrakte Gefahren zu verhindern, sondern nur um qualifizierte (d.h. grosse, erhebliche) Schäden oder Gefahren, die trotz umgesetzter Präventionsmassnahmen drohen, zu verhindern.</p> <p>Im 1. Abschnitt der Erläuterungen auf Seite 6 ist der Satz «Ziele dabei sind ...Menschen und Nutztiere» zu ersetzen durch: <b>«Ziele sind dabei die Verhütung von Schäden, einer Gefährdung von Menschen oder einer übermässigen Senkung von Jagdwild. Ein erwünschter Nebeneffekt kann dabei sein, dass Wölfe dadurch ein scheueres Verhalten gegenüber Menschen und Nutztieren zeigen».</b></p> <p>Begründung: Der Begriff der «Ziele» ist missverständlich. Gemäss Gesetz und Verordnung ist klar, dass das Verhüten der drei in Art. 7a Abs. 2 JSG genannten Tatbestände das Ziel der Regulierung ist und dass die Scheuheit der Wölfe allenfalls ein erwünschter Nebeneffekt, nicht aber das eigentliche Ziel, ist. In den Erläuterungen auf Seite 7, 1. Abschnitt, ist zu ändern, dass es nicht darum gehen soll, «grosse Schäden» zu verhüten. In der Berner Konvention ist eindeutig vorgegeben, dass Eingriffe nur zur Verhütung «ernster» Schäden möglich sind, und das wurde im Parlament mit dem Begriff «gross» bestätigt (Aussage des Kommissionssprechers, festgehalten im Amtlichen Bulletin). Der nächste Satz der Erläuterung zur Relativität des Herdenschutzes ist keine Begründung für das Unterschlagen von «gross» bei den Schäden. Es gibt keinerlei Massnahmen, welche Schäden «gänzlich verhindern» können. Sonst müsste z.B. der Strassenverkehr ganz verboten werden, weil die Schutzmassnahmen in Form von Verkehrsvorschriften Verkehrsunfälle und Todesopfer auch nicht «gänzlich verhindern» können.</p>
Abs. 1	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Antrag: <b>«... die Wölfe von Rudeln regulieren, sofern die Bedingungen gemäss Artikel 7a Jagdgesetz erfüllt sind».</b></p> <p>Begründung: Der Verweis auf Abs. 1 reicht nicht, es müssen alle Bedingungen von Art. 7a JSG erfüllt sein. Wenn schon ein Verweis gemacht wird, dann rechtskonform.</p>
Abs. 2	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Bst. a Ziff. 2: Im Erläuternden Bericht ist der Begriff der «Abschussquote» zu ersetzen durch «der bewilligten Abschüsse». Der Begriff von Abschussquoten ist unbestimmt, offen und</p>

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
		<p>erweckt den Eindruck «eines (prozentualen) Anteils an einer Gesamtmenge» (Wikipedia). Es geht jedoch nicht um einen Anteil etwa des Gesamtbestandes, sondern um spezifische Rudel, für die ein Regulierungsgrund gemäss Art. 7a JSG vorliegt. Deshalb ist «Quote» falsch. Eine Wolfsregulierung nach Quote ist nicht zulässig, rechtmässig sind nur gezielte Regulierungen von Rudeln, welche die Bedingungen von Art. 7a JSG erfüllen.</p> <p>Der Verweis auf die natürliche Verjüngung des Waldes einzig in Ziffer 3 Buchstabe b. ist ungenügend. Denn nur an dieser Stelle eingefügt, besteht ein klarer Widerspruch zu den Erläuterungen zum JSG, wonach der Zustand der natürlichen Verjüngung bei <i>allen</i> Regulierungen des Wolfes in die Interessenabwägung aufzunehmen ist. Es ist daher zusätzlich ein neuer Absatz 3a einzufügen (unten).</p>
Abs. 3	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Es ist fraglich, ob ein Mindestbestand festgelegt werden muss, wenn – wie vom nationalen und internationale Recht vorgegeben – der Wolfsbestand nur dann reguliert wird, wenn grosser Schaden droht. Wenn der Mindestbestand dennoch beibehalten wird, müsste er bei mindestens 40 Wolfsrudeln liegen. Gemäss den Headline Indicators for the Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework müssen Populationen mindestens 500 Tiere umfassen und nicht 250 wie im – veralteten – Row Alps Report 2016 angegeben. Die Schweiz müsste demnach mindestens 34 Rudel im Alpenraum beherbergen. Dazu kommen einige Rudel im Jura, womit ein allfälliger Mindestbestand in der Schweiz mindestens 40 Rudel umfassen müsste.</p> <p>Es muss im Verordnungstext und dem Erläuternden Bericht klar sein, dass alle 3 Regulierungsformen a bis c nur zulässig sind, wenn grosse Schäden drohen, die nicht durch Schutzmassnahmen abgewendet werden können, oder falls eine Gefährdung droht und der Mindestbestand überschritten ist.</p> <p>In den Erläuterungen unter c. wird festgehalten, dass ein ganzes Rudel nur dann entnommen werden darf, wenn zum einen «trotz zumutbarer Herdenschutzmassnahmen Schäden auftreten» und zum anderen der Mindestbestand der Region nicht unterschritten wird. Dies ist folglich so zu verstehen, dass ein erster Schaden durch das Rudel bereits <i>entstanden</i> sein muss und dass dieser sich zudem in einer ausreichend geschützten Herde ereignet haben muss. Schäden auf einer «unschützba- ren» Weide können demnach NICHT als Grund zur Entnahme eines ganzen Rudels ins Feld geführt werden</p> <p>Die Entfernung von ganzen Rudeln darf zudem nur zulässig sein, wenn Rudel <i>mehrmals</i> trotz konsequenter Herdenschutzmassnahmen Schäden anrichten. Die Entfernung von Rudeln hat in diesem Sinne eine Ausnahme zu sein, die eine besondere Qualifikation erfordert. Sie darf keine „Normallö- sung“ sein.</p> <p>Eine Verhaltensänderung von Wölfen ist durch Abschüsse ge-</p>

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
		<p>nerell nicht zu erwarten. Die Studienlage dazu – in der Schweiz, in Europa und weltweit – ist eindeutig. Wenn überhaupt, ist eine Verhaltensänderung nur dann zu erwarten, falls es überlebende Wölfe gibt, die aus den Abschüssen noch lernen können. Auch vor diesem Hintergrund ist die Entfernung ganzer Rudel als «ultima ratio» zu betrachten, wenn es keine andere Lösung mehr gibt.</p> <p>Es muss sichergestellt sein, dass unauffällige Rudel nicht reguliert werden dürfen. Unauffällig heisst, dass sie keine Schäden in konsequent geschützten Herden anrichten und nicht durch eine aktive Annäherung an den Menschen auffallen. Nur wenn unauffällige Rudel unbehelligt bleiben, kann sich ihre unauffällige Verhaltensweise nach und nach auf Ebene des Bestands durchsetzen. Entsprechend sind Schäden an ungeschützten Nutztieren oder die blosser Sichtung von Wölfen, auch in Siedlungsnähe, solange die Tiere kein Interesse am Menschen zeigen, als unauffälliges Verhalten zu betrachten, das keine Regulierung, geschweige denn die Entfernung eines ganzen Rudels, rechtfertigt.</p> <p>In den Erläuterungen ist der Begriff der Basisregulierung zu vermeiden. Er erweckt den falschen Eindruck, dass für Wolfbestände eine Basisregulierung normal wäre. Es ist aber richtig, die Regulierungen nach Bst. a/b und c auseinanderzuhalten. Es bieten sich für die beiden Regulierungen folgende Begriffe an: a/b Teilregulierung, c Totalregulierung. Zudem ist in den Erläuterungen richtigerweise festgehalten, dass «Rudel, die keine Schäden anrichten, nicht präventiv reguliert werden» dürfen. Der Begriff «scheu» ist in diesem Satz jedoch zu streichen. Diese Aussage widerspricht eindeutig dem Konzept einer «Basisregulierung», wonach jedes Rudel – unabhängig von seiner tatsächlichen Schadentätigkeit – dezimiert werden dürfte. Eine solche Basisregulierung wäre nicht gesetzeskonform, da die gesamten proaktiven Regulierungen den Bedingungen von Art. 7a Abs. 2 JSG zu entsprechen haben.</p> <p>In den Erläuterungen auf Seite 10 sind die exponentielle Zunahme und die zunehmende Anzahl gerissener Nutztiere zu streichen. Siehe dazu oben.</p> <p>Abs. 3a (neu) Für die Berücksichtigung der positiven Rolle des Wolfes bei der natürlichen Verjüngung des Waldes ist ein neuer Absatz 3a zu schaffen: Antrag: Neuer «<a href="#">Abs. 3a: Bund und Kantone berücksichtigen bei ihrem Entscheid, ob und wie eine Regulierung erfolgt, die Rolle des Wolfes im Ökosystem, insbesondere im Wald hinsichtlich der natürlichen Verjüngung mit standortgerechten Baumarten</a>». Begründung: Der Art. 4b ist ein reiner Abschussartikel. Die zum Beispiel im Art. 14 Abs. 4bis JSG genannte Rolle des Wolfes im</p>

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
		<p>Ökosystem kommt in der ganzen Verordnung mit keinem Wort vor. Dabei ist diese Rolle gerade für die Wälder und ganz besonders für die Schutzwälder von grösster Bedeutung. Gemäss Art. 3 Abs 1 JSG (und analog im WaG) ist die natürliche Waldverjüngung mit standortgerechten Baumarten zu sichern. Dieses Kriterium muss deshalb in die Interessenabwägung bei JEDER Regulierungsverfügung einfließen. Dabei geht es nicht um ein Verbot der Regulierung, wie es Abs. 2 Bst. b Ziff. 3 beinhaltet für Regulierungen zur Verhütung einer übermässigen Senkung des Jagdwildbestandes. In diesem speziellen Fall ist es richtig, eine Regulierung ganz auszuschliessen, wenn Konzepte zur Wildschadenverhütung nötig sind. Der Antrag für den neuen Art. 3a zielt nicht auf einen solchen Ausschluss, sondern darauf, dass die Interessen des Waldes in die Abwägung angemessen einfließen. Die Notwendigkeit dieser Ergänzung ergibt sich auch aus den Erläuterungen auf Seite 9 letzter Satz. Dieser gilt für alle Wolfsregulierungen, nicht nur jene nach Abs. 2 Bst. b Ziff. 3. Diese Erfordernis für alle Regulierungen hält auch das revidierte JSG in den Erläuterungen fest.</p> <p>Abs. 3b (neu) Antrag: Neuer Absatz «3b: a. Bei der Entfernung von Wolfsrudeln nach Abs. 3 Buchstabe c. gelten folgende Regulierungszeiträume: 1. Jungwölfe im ersten Lebensjahr: 1.9.-31.1. 2. Wölfe ab dem zweiten Lebensjahr: 1.12.-31.1. b. Wölfe ab dem zweiten Lebensjahr dürfen erst entfernt werden, nachdem sämtliche Wölfe vom ersten Lebensjahr entfernt wurden. c. Nach starken Schneefällen oder bei hoher Schneelage, die etwa auch den Abbruch der Sonderjagd auf den Rothirsch notwendig macht, soll aus Gründen des Tierschutzes und des Schutzes der Lebensräume und Wintereinstände vor Störungen auch auf die Nachstellung auf Wolfsrudel verzichtet werden».</p> <p>Begründung: Jungwölfe haben erst mit ca. 5-6 Monaten das Dauergebiss und sind erst ab diesem Zeitpunkt (spätestens im November), zumindest theoretisch, alleine überlebensfähig. Der Abschuss von führenden Elterntieren vor diesem Zeitpunkt muss als unethisch und tierschutzwidrig betrachtet werden. Der Elterntierschutz gemäss Art. 7 JSG muss auch bei der Regulierung des Wolfes berücksichtigt werden. Der gesetzliche Regulierungszeitraum nach Art. 7a JSG bedeutet nicht, dass in diesem Zeitraum jeder Wolf jederzeit geschossen werden kann. Vielmehr sind auch bei der Regulierung nach Art. 7a JSG erstens die gesetzlichen Bedingungen und zweitens die übrigen jagd- und tierschutzrechtlichen Vorgaben zu beachten. Auch die Jagdzeit von jagdbaren Arten gemäss Art. 5 JSG bedeuten ja nicht, dass</p>

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
		<p>dann jedes Individuum jederzeit geschossen werden kann, sondern es gilt auch dort – trotz Jagdzeit – der Elterntierschutz. Wie die Erläuterungen zum Entwurf der JSV selber ausdrücklich festhalten, kann die Eliminierung von Rudeln negative Folgen für das Schadensmass haben: «Eine besondere Gefahr zum Reissen von Kleinvieh geht von ... noch jagdunerfahrenen Jungwölfen, deren Elterntiere erlegt wurden, aus». Wenn die Elterntiere vor ihren Jungtieren geschossen werden und die Jungtiere dann nicht vollständig erlegt werden können, würde sich die Situation für Nutztiere verschlechtern statt verbessern. Das ist zu vermeiden, weshalb ältere Wölfe erst geschossen werden sollen, nachdem der diesjährige Nachwuchs vollständig entfernt wurde. Wenn dann der Abschuss der älteren Wölfe nicht gelingt, ist das ein positiver und erwünschter Effekt – die verbleibenden älteren Wölfe sind offenkundig scheuer geworden.</p> <p>Es ist nicht vertretbar, die Verfolgung von Wölfen im hohen Schnee zuzulassen, wenn die Nachstellung auf andere Wildtiere aus Tierschutzgründen gestoppt werden muss. Auch andere Wildtiere würden durch die «Wolfsjäger» in ihren Wintereinständen beunruhigt.</p>

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
Abs. 4	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Antrag:  <a href="#">«Ausnahmsweise kann im Rahmen der Regulierung nach Absatz 3 Buchstaben a und b auch ein Elterntier, das besonders schadenstiftend in Erscheinung tritt, erlegt werden. Als besonders schadenstiftend gelten Elterntiere, die nachweislich mehrmals Schäden an geschützten Herden angerichtet haben. Der Abschuss von solchen Elterntieren ist zulässig vom 1.12. bis zum 31.1.».</a></p> <p>Begründung: Was als «besonders schadenstiftend» gilt, ist zu qualifizieren. Elterntierabschüsse bei Teilregulierungen müssen ultima ratio bleiben. Es sollte sich dabei um Wölfe handeln, die mehrmals konsequent umgesetzte Herdenschutzmassnahmen umgangen und dabei grossen Schaden angerichtet haben. Abschüsse von besonders schadenstiftenden Elterntieren sollen zudem aus Gründen des Elterntierschutzes nur vom 1.12. bis 31.1. zulässig sein. Weil es um die präventive Regulierung geht, ist ein verkürzter Abschusszeitraum im Winter unproblematisch, da der Abschuss sich ja entsprechend der Logik in der Zukunft, d.h. in den Folgejahren, auswirken soll.</p>
Abs. 5	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	In den Erläuterungen ist «Abschussquote» zu ersetzen durch «Zahl der bewilligten Abschüsse» (vgl. oben).
Abs. 6	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Antrag  <a href="#">«Die Bewilligung ist auf die Streifgebiete der betreffenden Rudel zu beschränken, wobei in Gebieten, die auch von benachbarten (nicht zu regulierenden) Wolfsrudeln genutzt werden, Pufferzonen mit einem Abschussverbot ausgeschieden werden sollen. Die Wölfe sind dabei aus dem Rudelverband und <del>soweit möglich</del> nahe von Nutztierherden, Siedlungen, ganzjährig bewohnten Gebäuden oder stark vom Menschen genutzten Anlagen zu erlegen. <del>Dies gilt nicht für die Erlegung der Wölfe eines Rudels nach Absatz 3 Buchstabe c».</del></a></p> <p>Begründung: Wie in den Ausführungen zu Absatz 3 erwähnt, ist keine Verhaltensänderung der Wölfe aufgrund von Abschüssen zu erwarten. Sollte eine solche dennoch angestrebt werden, müssen die Abschüsse nicht nur «soweit möglich» bei Siedlungen, Herden, etc. stattfinden, sondern zwingend dort. Weil die erste Saison der präventiven Regulierung 2023/24 gezeigt hat, dass die Entfernung ganzer Rudel kaum gelingt und es immer überlebende Wölfe gibt, ist entsprechend mangels Sinnhaftigkeit auch der letzte Satz zu streichen.</p> <p>Die vergangene Regulierungssaison 2023/2204 hat insbesondere im Kanton Wallis die Schwierigkeit und Grenzen aufgezeigt, in Gebieten mit mehreren Wolfsrudeln sowie durchziehenden Einzelwölfen die «richtigen» Wölfe zu erlegen – also das tatsächlich zur Regulierung verfügte Rudel zu treffen und nicht andere Wölfe. Es ist daher wichtig, dass in Gebieten, die nach-</p>

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
		weislich von mehreren Wolfsrudeln genutzt werden, keine Regulierungsabschüsse stattfinden, um unauffällige Rudel zu schützen.
Abs. 7	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Zustimmung nur mit Vorbehalt betreffend unsere Ausführungen zum Anhang 3.
Abs. 8	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Antrag  «Das BAFU erteilt seine Zustimmung an den Kanton für ein Jahr. Es gewährleistet, dass der Wolfsbestand auch lokal nicht ausgerottet wird. Es stellt bei grenzüberschreitenden Rudeln die Koordination der Massnahmen mit den Nachbarländern sicher».</p> <p>Begründung: Es bedarf keiner Berücksichtigung der Verteilung der Rudel. Eine gleichmässige oder gar «gerechte» Verteilung der Rudel ist keine Erfordernis und kein Ziel des JSV. Hingegen ist zu berücksichtigen, dass Wölfe auch lokal und regional nicht ausgerottet werden dürfen.  In den Erläuterungen auf Seite 11 ist das Wort «Abschussquoten» zu ersetzen (siehe oben).</p> <p>Abs. 9 (neu)  Antrag:  Neuer «Abs. 10: Das BAFU gewährleistet eine Wirkungskontrolle und wissenschaftliche Begleitung der Regulierungsmassnahmen am Wolfsbestand, indem es die KORA oder andere geeignete wissenschaftliche Institutionen damit betraut. Über die Auswirkungen der Eingriffe auf den Wolfsbestand (genetische Identifikation und Rudelzugehörigkeit der erlegten Tiere) sowie über die Schadenssituation in der folgenden Sömmerungssaison wird regelmässig, zeitnah und transparent öffentlich informiert».</p> <p>Begründung: Wichtig ist, dass die Ergebnisse der Regulierung (genetische Bestimmung der erlegten Tiere und Zugehörigkeit zu Rudeln oder Einzelwolf) zeitnah nach Abschluss der jeweiligen Regulierungssaison veröffentlicht werden (Transparenz). Zudem sollte eine wissenschaftliche Begleitung der Massnahmen (Erfolgskontrolle) durch KORA oder eine andere, damit betraute wissenschaftliche Institution vorausgesetzt werden.</p>

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
<b>Art. 4c</b>	<b>Regulierung von Wölfen nach Artikel 12 Absatz 4<sup>bis</sup> Jagdgesetz</b>	
Insgesamt	Grundsätzliche Überarbeitung	Grundsätzlich ist die Schadensschwelle deutlich zu tief. Zudem sind für Rindvieh und Pferde die zumutbaren Schutzmassnahmen minimalistisch. Der Artikel ist grundsätzlich zu überarbeiten.
Abs. 1	Grundsätzliche Überarbeitung	Antrag: «Ein Schaden nach Artikel 12 Absatz 4bis Jagdgesetz an Nutztieren liegt vor, wenn Wölfe eines Rudels in ihrem Streifgebiet innerhalb der aktuellen Sömmerungsperiode mindestens 8 <del>Nutztiere getötet oder ein Tier der Rinder- und Pferdegattung sowie der Neuweltkameliden getötet oder schwer verletzt haben und sofern die zumutbaren Massnahmen zum Herdenschutz vorgängig ergriffen wurden</del> ». Begründung: Die Schadensschwelle ist zu tief angesetzt. Lediglich verletzte Tiere können nicht als Schaden betrachtet werden, schliesslich deutet dies darauf hin, dass sich die angegriffenen Tiere erfolgreich wehren konnten und die Wölfe dabei mit einiger Wahrscheinlichkeit negative Erfahrungen gemacht haben. Zudem fokussiert Artikel 12 Absatz 4bis JSG auf Tiere der Rinder- und Pferdegattung und nicht auf Kleinvieh oder gar Neuweltkameliden, die überhaupt nicht Teil der traditionellen Landwirtschaft sind. Die reaktive Regulierung in diesem Artikel in Absatz 1 ist daher auf Schäden an Tieren der Rinder- und Pferdegattung zu beschränken.
Abs. 2	Grundsätzliche Überarbeitung	Absatz 2: «Es darf höchstens die Hälfte der im Jahr der Regulierung geborenen Jungtiere erlegt werden». Begründung: Die Abschusszahl ist zu hoch angesetzt.
Abs. 3	Zustimmung	Keine Bemerkungen
Abs. 4	Zustimmung	Keine Bemerkungen
<b>Art. 4d</b>	<b>Finanzhilfen für den Umgang mit Wölfen nach Artikel 7a Absatz 1 Jagdgesetz</b>	
Insgesamt	Grundsätzliche Überarbeitung	Kantone sollen für die Präsenz von Wolfsrudeln monetär belohnt werden.
Abs. 1	Keine Stellungnahme	-
Abs. 2	Grundsätzliche Überarbeitung	Antrag: «... höchstens 50'000 Franken ...» Begründung: Die Kosten der Kantone dürften deutlich über den im Entwurf enthaltenen 20'000 Franken liegen.
<b>Art. 4e</b>	<b>Ruhezonen für Wildtiere</b>	
Abs. 4	Zustimmung	Keine Bemerkungen
<b>Art. 6</b>	<b>Haltung und Pflege geschützter Tiere</b>	
Abs. 2	Zustimmung	Keine Bemerkungen

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
<b>Art. 7</b>	<b>Handel mit geschützten Tieren</b>	
Abs. 1	Zustimmung	Keine Bemerkungen
<b>Art. 8b</b>	<b>Verwendung von Drohnen für die Rehkitzrettung</b>	
Insgesamt	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	<p>Antrag:  <b>Ergänzung: «... Drohnen ausserhalb der Schutzgebiete durch ...»</b></p> <p>Es muss zudem klar sein, dass die Fachkundigkeit, die hier in der JSV geregelt wird, nur jene zum Umgang mit den Rehkitzen betrifft. Der Umgang mit den Drohnen wird hingegen durch das BazL geregelt.</p> <p>Begründung: Es muss klar sein, dass die Bestimmungen zu den Schutzgebieten vor gehen. Die beiden Fachkundigkeiten des Umgangs mit den Rehkitzen beziehungsweise mit den Drohnen müssen auseinander gehalten werden. Ausgebildete Jägerinnen und Jäger dürften die erste Fachkundigkeit erfüllen. Das heisst aber auch, dass nun nicht alle Drohnenpilot:innen eine Rehkitzrettung durchführen dürfen.</p>
<b>Art. 8c</b>	<b>Inventar der Wildtierkorridore von überregionaler Bedeutung</b>	
Insgesamt	Zustimmung	Der Stärkung der Wildtierkorridore ist entschieden zuzustimmen. Der entsprechende Artikel 8c wird daher vollumfänglich befürwortet.
Abs. 1	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Zu den Erläuterungen ist anzumerken, dass es bei Wildtierkorridoren nicht nur um ein paar jagdbare Wildtiere gehen darf. Vielmehr sind alle relevanten Arten, welche diese Korridore brauchen, zu berücksichtigen und zu nennen (vgl. dazu Bemerkung zu Abs. 3 Bst. b unten), inklusive beispielsweise auch Amphibien, Reptilien, Fledermäuse, Igel, kleinere Raubtiere wie Iltis, Hermelin oder Mauswiesel.
Abs. 2	Zustimmung	Keine Bemerkungen
Abs. 3	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	In den Erläuterungen auf Seite 4 darf die Liste der Zielarten auf keinen Fall – wie im Entwurf geschehen – auf Arten von jagdbaren Tieren (plus den Luchs) beschränkt werden. Einige der zu ergänzenden Arten werden unter Abs. 1 genannt.
Abs. 4	Zustimmung	Keine Bemerkungen

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
<b>Rückmeldung nur durch die Kantone erforderlich.</b>		
<b>Art. 8c</b>	<b>Inventar der Wildtierkorridore von überregionaler Bedeutung</b>	
Zu Abs. 2	<input type="checkbox"/>	Wir bestätigen hiermit unser Einvernehmen mit den in Anhang 4 aufgelisteten Wildtierkorridoren von überregionaler Bedeutung auf unserem Kantonsgebiet.
	ODER	
Zu Abs. 2	<input type="checkbox"/>	Wir bestätigen hiermit unser Einvernehmen mit den in Anhang 4 aufgelisteten Wildtierkorridoren von überregionaler Bedeutung auf unserem Kantonsgebiet, unter dem Vorbehalt, dass nachfolgende Anpassungen noch umgesetzt werden (z.B. Ergänzung/Streichung eines Wildtierkorridors): Texteingabe
<b>Art. 8d</b>	<b>Massnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Funktionalität von Wildtierkorridoren</b>	
Insgesamt	Zustimmung	Volle Unterstützung, die Bestimmungen dürfen auf keinen Fall abgeschwächt werden.
Abs. 1	Zustimmung	Volle Unterstützung, die Bestimmungen dürfen auf keinen Fall abgeschwächt werden.
Abs. 2	Zustimmung	Volle Unterstützung, die Bestimmungen dürfen auf keinen Fall abgeschwächt werden.
Abs. 3	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Bst. d. Antrag: «... Wildtierpassagen bei jeder sich bietenden Gelegenheit umgesetzt wird». Begründung: Dass die Entfernung bestehender Störungen und Hindernisse nur geprüft wird, ist zu schwach. Es braucht eine Entfernung bei jeder sich bietenden Gelegenheit wie bei anderen Bundesinventaren.
<b>Art. 8e</b>	<b>Förderung von Massnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Funktionalität von Wildtierkorridoren</b>	
Insgesamt	Zustimmung	Volle Unterstützung, die Bestimmungen dürfen auf keinen Fall abgeschwächt werden.
<b>Art. 9a</b>	<b>Massnahmen gegen einzelne Tiere geschützter Arten</b>	
Insgesamt	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Siehe Bemerkungen zu Abs. 2
Abs. 1	Zustimmung	Keine Bemerkungen
Abs. 2	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Antrag: Die Erläuterungen auf Seite 17 sind deshalb wie folgt anzupassen: «... wann eine behördliche Massnahme als Einzelmassnahme und wann als Regulierung bewilligt werden muss. Als Kriterium zur Unterscheidung gilt grundsätzlich, dass bei erheblichem Schaden bei Einzelmassnahmen das betref-

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
		<p>fende Tier erlegt werden kann, das diesen Schaden verursacht hat, während bei Regulierungen in den Bestand eingegriffen wird, sofern dieser grossen Schaden verursacht hat. Kann bei Einzelmassnahmen das betreffende, schadenverursachende Tier nicht individuell identifiziert werden, hält das Bundesgericht fest, dass auf keinen Fall mehr als 10 % des reproduzierenden Bestandes erlegt werden darf. Andernfalls muss der Eingriff als Regulierung mit Zustimmung des BAFU bewilligt, was nur bei grossem Schaden möglich ist“. (Rest streichen)</p> <p>Begründung: Die Erläuterungen sind im Bereich der Unterscheidung von Einzelabschüssen nach Art. 12 Abs. 2 JGS und Bestandsregulierungen nach Art. 12 Abs. 4 JSG so nicht haltbar (Seite 17). Bei den Einzelmassnahmen geht es zu Allererst darum, das Tier, welches den erheblichen Schaden oder die Gefährdung verursacht hat, zu entnehmen. Dieser Grundsatz ist in den Erläuterungen zu nennen. Er geht allen weiteren Überlegungen vor. Nur wenn für einen erheblichen Schaden mehrere Individuen in Frage kommen, kann von dieser Grundregel allenfalls abgewichen werden. Die Ausführungen in den Erläuterungen sind deshalb viel zu pauschal. Auch das Bundesgericht machte im erwähnten BGE klar, dass eine Limite von 10 % keinen absoluten Charakter hat und es sich um eine einfache Grössenordnung handelt, die als Richtwert dienen kann. Auf keinen Fall können, wie in den Erläuterungen behauptet, jährlich 10 % der Tiere geschossen werden. Ganz falsch ist zudem die Aussage, dass «sämtliche einheimischen Wildtierarten eine jährliche Zuwachsrate aufweisen, die höher als bei 10 % liegt».</p> <p>Wir zitieren dazu aus einem Kurzgutachten von PD Dr. Michael Schaub, Leiter Populationsbiologie an der Schweizerischen Vogelwarte, vom 13. März 2015 in einem Rechtsfall zum Thema Mäusebussard:</p> <p>«Kennt man die Demographie einer Art, so kann man bestimmen, wie gross die Populationswachstumsrate ist. Etwa die Hälfte der Mäusebussarde beginnt im Alter von 2 Jahren zu brüten, andere erst mit 3 Jahren. Die Überlebensrate im ersten Jahr liegt bei 0.5, im zweiten und dritten Jahr bei 0.7 und ab dem dritten Jahr bei 0.8 (Glutz von Blotzheim &amp; Bauer 1980). Die Anzahl Flügglinge pro Brutpaar beträgt etwa 1.6. Mit einem Matrix Populationsmodell (Leslie Matrix) kann die Wachstumsrate berechnet werden (Caswell 2001). Dies ergibt im Fall des Mäusebussards 1.039, d.h. ein <b>3.9% Wachstum</b>. Unter günstigen Umständen ist vielleicht auch ein leicht höheres Wachstum möglich, aber ein 10 % Wachstum scheint unrealistisch.</p> <p>Literatur Caswell, H. (2001) Matrix population models. Construction, analysis, and interpretation. Sinauer Associates, Sunderland,</p>

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
		<p>Massachusetts. Glutz von Blotzheim, U.N. &amp; Bauer, K. M. (1980) Handbuch der Vogel Mitteleuropas. Bd. 4. Falconiformes, 1 edn. Akademische Verlagsgesellschaft, Wiesbaden.»</p> <p>Eventualantrag: Die Verwaltung habe am Beispiel von 50 unterschiedlichen Arten mittels analoger populationsbiologischer Berechnung zu beweisen, dass ihre Behauptung, wonach «sämtliche einheimischen Wildtierarten eine jährliche Zuwachsrate aufweisen, die höher als bei 10 % liegt» stimmt (beim Mäusebussard stimmt sie schon sicher nicht, womit der Begriff «sämtliche» bereits widerlegt ist).</p>

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
Art. 9b	Massnahmen gegen einzelne Wölfe nach Artikel 12 Absatz 2 Jagdgesetz	
Insgesamt	Grundsätzliche Überarbeitung	Bei Massnahmen gegen einzelne Wölfe muss sichergestellt werden, dass die betreffenden Individuen erlegt werden. Keinesfalls darf einfach irgendein Tier im Gebiet oder dürfen gar einfach so viele Individuen, bis 10% des Bestandes erreicht sind, getötet werden. Dazu sind die nachfolgenden Absätze zu präzisieren. Die Schadensschwellen sind zu korrigieren.
Abs. 1	Zustimmung	Keine Bemerkungen
Abs. 2	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Antrag:  «Ein erheblicher Schaden an Nutztieren durch einen einzelnen Wolf liegt vor, wenn dieser innerhalb von vier Monaten bei mindestens zwei Angriffen:  a. mindestens 15 Schafe oder Ziegen; oder  b. mindestens zwei Nutztiere der Rinder- oder Pferdegattung getötet hat».</p> <p>Begründung: Die Schwelle dessen, was als erheblicher Schaden gilt, wurde in der Vergangenheit mit dem steigenden Wolfsbestand wiederholt angepasst, d.h. abgesenkt. Dies ist an sich nicht logisch, da der erhebliche Schaden sich nicht durch die Grösse des Wolfsbestands definiert, sondern durch den vorliegenden Schaden. Somit ist es nicht schlüssig, weshalb nun nur noch sechs getötete Schafe einen erheblichen Schaden darstellen sollen, während es bis vor Kurzem noch bis zu 25 waren. Zudem können lediglich einzelne gerissene Tiere, selbst wenn es Grossvieh ist, nicht als erheblichen Schaden betrachtet werden. Wichtig ist auch, dass es mindestens zwei Angriffe sein müssen. Zudem darf nicht ein beliebiger Wolf, sondern nur das betreffende Individuum getötet werden. Der Absatz ist daher wie vorgeschlagen zu ändern.</p>
Abs. 3	Zustimmung	Es ist wichtig, dass Nutztiere, die auf nicht beweidbaren Flächen gerissen wurden, nicht an die Schadensschwelle angerechnet werden dürfen.
Abs. 4	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Antrag:  «Eine Gefährdung von Menschen liegt insbesondere vor, wenn ein Wolf:  a. sich gegenüber Menschen oder Hunden in unmittelbarer Nähe des Menschen aggressiv verhält;  b. landwirtschaftliche Nutztiere auf einem Hofareal innerhalb von Ställen oder befestigten Laufhöfen reisst; oder  c. wiederholt und trotz Versuchen zur Vergrämung:  1. sich tagsüber aus eigenem Antrieb in unmittelbarer Nähe von Siedlungen, ganzjährig bewohnten Gebäuden oder stark vom Menschen genutzten Anlagen aufhält; oder  2. Menschen über eine gewisse Zeit und in naher Distanz folgt».</p> <p>Begründung: Es ist wichtig, dass die Vergrämung als mildere Massnahme vor einem Abschuss notwendig ist. Der Angriff auf Hunde, auch bei Gebäuden, sagt nichts aus über die Gefähr-</p>

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
		lichkeit des Wolfes gegenüber Menschen. Der Buchstabe b gemäss Entwurf ist daher zu entfernen.
Abs. 5	Zustimmung	Keine Bemerkungen
Abs. 6	Zustimmung	Keine Bemerkungen
<b>Art. 9c</b>	<b>Abschuss eines einzelnen Wolfes aus einem Rudel bei einer Gefährdung von Menschen</b>	
Insgesamt	Zustimmung	Keine Bemerkungen

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
<b>Art. 9d</b>	<b>Massnahmen gegen einzelne Biber nach Artikel 12 Absatz 2 Jagdgesetz</b>	
Insgesamt	Ablehnung	<p>Der Bundesrat legt in diesem Artikel eine ausufernde Regelung, ergänzt mit noch viel längeren Erläuterungen, für den Umgang mit dem Biber vor, der in den Kantonen längst seit vielen Jahren funktioniert. In den Kantonen werden pragmatisch die nötigen Schutzmassnahmen ergriffen. Die Zusammenarbeit mit den Stakeholdern funktioniert. Es ist deshalb unverständlich, dass nun eine solche Flut von Bestimmungen (inkl. Art. 10h) geschaffen werden soll.</p> <p>Die Standesinitiative Thurgau 15.300 regelt ausschliesslich die Entschädigung von Schäden, die durch Biber entstanden sind. Es geht mit keinem Wort um Abschüsse. Auch die JSG-Revision 2022 bringt in keiner Weise eine Änderung bei Eingriffen gegen Biber. Sie betrifft die Anpassung des Art. 13 Abs. 5, wo es ausschliesslich um die Entschädigung von Wildschaden geht. Die hier geplante Anpassung der JSV betreffend Abschuss von Bibern hat auch deshalb keine gesetzliche Grundlage.</p> <p>Mit den Regelungen und insbesondere den Erläuterungen wird versucht, eine neue Kategorie von Eingriffen einzuführen, für die es keinerlei Rechtsgrundlage gibt: proaktive Einzelmassnahmen. Das ist nicht statthaft. Der Art. 9d ist deshalb vollumfänglich zu streichen. Das Jagdrecht ist bereits ausreichend überreglementiert; in einem Bereich, der heute in Anwendung des Gesetzes durch die Kantone bereits gut funktioniert, braucht es diese Regelungen nicht.</p> <p>Der Art. 12 Abs. 2 JSG kann für den Biber wie für alle anderen geschützten Arten direkt angewendet werden, wenn es sich als nötig erweisen sollte. Auch deshalb ist Art. 9d gesamthaft zu streichen.</p> <p>Sollte dennoch an einem Art. 9d festgehalten werden, müssten Artikel und Erläuterungen stark überarbeitet werden im Sinne der oben- und untenstehenden Erwägungen.</p> <p>Die folgenden Ausführungen gelten für den Fall, dass trotzdem an einem Art. 9d festgehalten werden sollte.</p>
Abs. 1	Ablehnung	<p>Die Erläuterungen sind absolut unhaltbar. Es wird versucht darzulegen, dass es – trotz klarer Gesetzesbestimmung in Art. 12 Abs. 2 JSG – gar keinen erheblichen Schaden brauche, um Biber entfernen zu können. Mit der hier vorgelegten Begründung kann ein beträchtlicher Teil der Biber der Schweiz jährlich eliminiert werden. Es wird mit keinem Wort darauf eingegangen, was erhebliche Schäden von «normalen» Schäden unterscheidet. Anscheinend verstehen die Verfasser dieser Texte den Biber als grundsätzlichen Schädling, der aufgrund vieler seiner Tätigkeiten massiv bekämpft werden muss.</p> <p>Wenn ein Biber an einem unerwünschten Ort zu graben beginnt, wird er nicht in kürzester Zeit einen erheblichen Schaden anrichten. Es bleibt genügend Zeit für Schutzmassnahmen wie</p>

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
		<p>die künstliche Regelung des Wasserstandes, Objektschutz oder Entnahmen von Neben- bis Hauptdämmen. In vielen Fällen dürfte die Ausscheidung des Gewässerraumes durch die Kantone – so erfolgt – das Konfliktpotential deutlich reduzieren.</p> <p>Der ganze Text in den Erläuterungen ist von Grund auf zu revidieren. Im Weiteren ist im Gesetzestext wohl fälschlicherweise auf Art. 10j statt 10h verwiesen.</p>
Abs. 2	Ablehnung	<p>a: Im Normalfall wird eine solche Grabtätigkeit rechtzeitig bemerkt und können Schutzmassnahmen ergriffen werden. Text und Erläuterungen sind zu ändern.</p> <p>b: Hier wird in den Erläuterungen im Konjunktiv gesprochen. Es ist absolut unklar, welcher Stand der Tätigkeit des Bibers erreicht sein müsste, damit er entfernt werden könnte, wenn bereits die Möglichkeit des Eintretens eines erheblichen Schadens zur Eliminierung führt. Wasser auf Fruchfolgeflächen kann auch aus anderen Gründen auftreten und darf sicher nicht zur Tötung von Bibern führen. Text und Erläuterungen sind zu überarbeiten.</p> <p>c: Der Erläuternde Bericht zu diesem Buchstaben ist viel zu offen und ambivalent formuliert: Der erste Teil mit «... kann es dauerhaft geschädigt werden.» ist noch klar. Danach werden die klaren Aussagen im oberen Teil ins Gegenteil verkehrt. Wenn das Auslaufgewässer eines Moores so gestaut wird, dass sich die Standortverhältnisse für (moortypische) Arten verändern, ist dies aus Moorschutzgründen nicht zulässig. Weshalb diese Veränderungen «lokal» oder «kleinräumig» bleiben sollen, erschliesst sich aus dem Text nicht. Moore sind nur in beschränktem Mass dynamische Lebensräume, Störungen des Wasserhaushalts wirken sich rasch zerstörerisch aus. Doch alle diese Fragen können mit Massnahmen am Biberdamm gelöst werden, es braucht keine Eliminierungen, zumal diese geeigneten Biberlebensräume bald wieder von neuen Bibern besiedelt werden dürften.</p> <p>Die Bestimmungen und Ausführungen im Erläuternden Bericht sind grundlegend zu überarbeiten.</p> <p>d und e: Die genannten Fälle können zu erheblichen Schäden führen. Diese Fälle sind aber, wenn sie erheblichen Schaden anrichten, selbstredend und können bereits heute auf Grund der direkten Anwendung des JSG angegangen werden. Auch aus diesem Grund ist Art. 9d zu streichen.</p>
Abs. 3	Ablehnung	<p>Dieser Absatz geht viel zu weit und ist auf jeden Fall zu streichen. Die Regelungen unter Bst. a sind viel zu unbestimmt. Was ist ein Verhalten von Menschen, das den Biber nicht pro-</p>

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
		vozieren soll? Ist ein Baden direkt bei einem Biberbau eine Provokation? Angriffe von Bibern auf Menschen sind sehr selten. Unhaltbar ist die Aussage, dass keine Verhütungsmassnahmen bekannt und damit erforderlich seien, wenn es genügen würde, dass der/die Badende ihrem/seinem Freizeitvergnügen nicht direkt bei einer Biberburg nachgeht. Schliesslich kann auf eine solche ausnahmsweise, lokale Gefährdungssituation auch einmal durch Aufstellen eines Warnschildes in der Aufzuchtzeit der Biber hingewiesen und auf die Eigenverantwortung der Badenden vertraut werden.
Abs. 4	Ablehnung	Hier wäre zu ergänzen, dass der Schaden erheblich sein muss. Doch dieser Absatz sagt weder etwas Neues aus, was nicht selbstverständlich ist, noch setzt er nötige Fristen. Ein weiterer Grund, ganz auf den Art. 9d zu verzichten.
Abs. 5	Ablehnung	Es wird mit keinem Wort begründet, weshalb das Männchen einer Familie mitten zur Fortpflanzungszeit anscheinend problemlos getötet werden kann. Ein Einfangen und Entfernen eines einzelnen Bibers aus einer Biberfamilie während der Aufzuchtzeit ist per se problematisch, selbst wenn das laktierende Weibchen geschützt bleibt. Trifft die Eliminierung den Bibervater oder ein älteres Geschwister – Tiere, die für den Zusammenhalt der Familie und die Mithilfe bei der Jungenaufzucht wichtig sind – ist unter Umständen der Fortbestand der gesamten Familie gefährdet. Eliminierungen führen zudem kaum je zu einer nachhaltigen Lösung der Konfliktsituation.
<b>Art. 10</b>	<b>Entschädigung von Schaden durch Tiere geschützter Arten</b>	
<b>Rückmeldung durch die Kantone erforderlich.</b>		
Insgesamt	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Es ist richtig und wichtig, dass nur Schäden entschädigt werden, die trotz ergriffener Präventionsmassnahmen aufgetreten sind.
Abs. 1	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Antrag: «Der Bund übernimmt 80 % der Kosten auch von Biber und Fischotter.» Begründung: Je besser die Kosten entschädigt werden, desto geringer sind die Begehren nach Abschüssen.
Abs. 2	Zustimmung	Keine Bemerkungen
Abs. 3	Zustimmung	Keine Bemerkungen

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
Art. 10b	<b>Kantonale Beratung zum Schutz von Nutztieren und Bienenständen vor Grossraubtieren</b>	
Insgesamt	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Es soll das Prinzip der Beratung vor Ort gelten. Nur «Beratung» mit Massen-Mailversand ist nicht ausreichend und benachteiligt beispielsweise Tierhaltende mit Leseschwierigkeiten, ohne Mailadresse oder mit fehlender Erfahrung mit Zaunmaterial oder Hunden. Die Ausscheidung von nicht zumutbar schützba- ren Flächen darf nur restriktiv und nur im Sömmerungsgebiet erfolgen.</p> <p>Zu den Art. 10b und 10d-10f Es stimmt zwar, dass die Kantone mit der JSG-Revision mehr Rechte erhalten. Doch das hat mit der Organisation des Her- denschutzes nichts zu tun. Der Bund legt weiterhin die Grunds- ätze der Herdenschutzmassnahmen und die Anforderungen an die Zumutbarkeit fest, einfach jetzt im Einvernehmen mit den Kantonen (Art. 12 Abs. 7 JSG). Darüber haben die beiden Kam- mern der eidgenössischen Räte bis zuletzt gestritten. Die Zu- ständigkeit bleibt demnach beim Bund, die Kantone haben aber ein Mitentscheidungsrecht. Damit eine umfassende Um- krepelung des Herdenschutzes und die vollständi- ge Delegation an die Kantone rechtfertigen zu wollen, ist nicht statthaft. Tatsache ist, dass das Parlament eben gerade KEINE Kantonalisierung des Herdenschutzes besprochen, geschwei- ge denn beschlossen hat! Besonders störend ist insbesondere die Entwicklung bei den Herdenschutzhunden. Das BAFU hat im Januar 2024, al- so bevor überhaupt die Vernehmlassung zur JSV gestartet war, das Budget des bewährten Vereins Herdenschutzhunde Schweiz zusammengestrichen und das bereits für 2024. Es ist unseriös und befremdlich, hier nicht das Ergebnis der Ver- nehmlassung zur JSV und anschliessend deren Inkraftsetzung abzuwarten. Es ist offensichtlich, dass das BAFU hier – mit falsch zitierten Aussagen zur JSG-Revision – vollende- te Tatsachen schaffen will. Fachlich ist es nicht gerechtfertigt, das bewährte nationale Programm in einen Flickenteppich von kantonalen Ansätzen umzuwandeln. Der Koordinationsaufwand für die Kantone wird riesig. Ob in jedem Kanton die Nutztierhalter von den gleichen Dienstleistungen wie bisher profitieren können, ist fraglich.</p> <p>Antrag: Auf die Kantonalisierung des Herdenschutzes ist gesamthaft zu verzichten.</p> <p>Wir nehmen deshalb im Folgenden nur eventualiter zu den oben genannten Artikeln Stellung.</p>
Abs. 1	Grundsätzliche	Antrag:

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
	Überarbeitung	<p>«Die Kantone informieren die Betriebsverantwortlichen von Tierhaltungen mit Nutztieren in Weidehaltung und Bienenhaltungen im Streifgebiet von Grossraubtieren zu den zumutbaren Herden- und Bienenschutzmassnahmen gemäss Artikel 10c Absätze 1-3. Sie beraten dazu die Tierhaltungen auf deren Wunsch vor Ort und erstellen für Alpbetriebe einzelbetriebliche Herdenschutzkonzepte».</p> <p>Begründung: Es soll das Prinzip der Beratung vor Ort gelten. Nur Beratung mit Massen-Mailversand ist nicht ausreichend und benachteiligt beispielsweise Tierhaltende mit Leseschwierigkeiten oder mit fehlender Erfahrung mit Zaunmaterial oder Hunden.</p> <p>Es muss klar gemacht werden, dass sich die kantonale Beratung an die Vorgaben des Bundes zu halten hat und sonst keine Entschädigungen gezahlt werden. Die Kantone müssen die Tierhaltenden nicht nur «informieren», sondern diesen klar machen, dass sie die zumutbaren Massnahmen umzusetzen haben, ansonsten Risse nicht entschädigt werden und nicht für allfällige Wolfsabschüsse zählen. Wenn die Tierhaltenden sich nicht förmlich zur Umsetzung der Massnahmen verpflichten müssen – was fachlich und politisch aufgrund der massiv gelockerten Abschussmöglichkeiten gegen Wölfe durchaus gerechtfertigt wäre – ist es umso mehr unabdingbar, dass bei jedem Riss die Umsetzung der Massnahmen detailliert vor Ort überprüft werden muss.</p> <p>Heute muss das gesamte Gebiet der Schweiz als Streifgebiet von Grossraubtieren gelten, zumindest beim Wolf. Die Einschränkung auf solche Streifgebiete kann deshalb gestrichen werden.</p> <p>Der Verordnungstext und die Erläuterungen sind entsprechend zu korrigieren.</p>
Abs. 2	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Antrag: «Die Kantone können im Rahmen der einzelbetrieblichen Herdenschutzberatung nach Absatz 1 Flächen von Alpwirtschaftsbetrieben bezeichnen, auf denen das Ergreifen von Herdenschutzmassnahmen bei Schafen oder Ziegen gemäss Artikel 10c Absatz 1 nicht zumutbar ist. Dies sind ausschliesslich Alpwirtschaftsbetriebe mit weniger als zehn verfügbaren Normalstössen an Schafen oder Ziegen, ohne geeignete Infrastruktur für das Alppersonal und ohne Erschliessung durch einen Fahrweg oder eine Seilbahn. Alpwirtschaftsbetriebe, auf denen das Ergreifen von Herdenschutzmassnahmen nicht zumutbar ist, sind nicht berechtigt zum Bezug von Förderbeiträgen nach Artikel 10f».</p> <p>Begründung: Der Begriff, dass die Kantone auf bestimmten Flächen Schutzmassnahmen als nicht zumutbar «erachten» können, tönt nach einem grossen Spielraum der Kantone. Das wäre fachlich nicht gerechtfertigt. Ein Flickenteppich von kantonalen, zu anderen Kantonen unterschiedlichen, Einschät-</p>

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
		<p>zungen wäre für den Herdenschutz verheerend. Die Buchstaben a und b dürfte sehr viele Alpen betreffen, die dann als «unschützbar» taxiert werden. Zumindest müssten Risse auf «unschützbar» Alpen nicht als Begründung für eine präventive Regulierung angeführt werden können. Der Verordnungstext und die Erläuterungen sind entsprechend zu korrigieren. Zudem ist im Erläuternden Bericht klarzumachen, dass unter dem herdentreuen Verhalten zu verstehen ist, dass der Hund nicht umherstreunt und nicht wildert.</p>
<b>Art. 10c</b>	<b>Zumutbare Massnahmen zur Verhütung von Schaden durch Grossraubtiere und deren Umsetzung</b>	
<b>Rückmeldung durch die Kantone erforderlich.</b>		
Insgesamt	Grundsätzliche Überarbeitung	Dem Ergreifen von fachgerechten Herdenschutzmassnahmen kommt eine überragende Bedeutung zu beim Zusammenleben mit dem Wolf. Der Herdenschutz ist daher weiter zu stärken und fördern.
Abs. 1	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Antrag: «c. für Tiere der Rinder- und Pferdegattung: die gemeinsame Haltung des Muttertiers mit seinem Jungtier auf betreuten Weiden während der Geburt und den ersten vierzehn Tagen, das sofortige Entfernen von Nachgeburten und toten Jungtieren von dieser Weide sowie fachgerecht erstellte Herdenschutzzäune für Jungtiere ohne Begleitung der Muttertiere».</p> <p>Begründung: Auch ältere Kälber und Rinder unterliegen einem gewissen Risiko von Wolfsangriffen, zugleich sind Schutzmassnahmen für diese machbar.</p>
Abs. 2	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Antrag: «b. bei insgesamt nicht schützbar Alpwirtschaftsbetrieben: umgehende Abalpung der gesömmerten Tiere».</p> <p>Begründung: Als Notfallmassnahme ist bei insgesamt nicht schützbar Alpwirtschaftsbetrieben einzig die sofortige Abalpung umzusetzen. Denn andere Massnahmen sind nicht zumutbar, sonst wäre die Einstufung der Alp als insgesamt nicht schützbar nicht korrekt.</p>
Abs. 3	Zustimmung	Keine Bemerkungen
Abs. 4	Zustimmung	Keine Bemerkungen

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
<b>Art. 10d</b>	<b>Prüfung und Anerkennung von Herdenschutzhunden</b>	
Insgesamt	Grundsätzliche Überarbeitung	Es gibt keinen Bedarf und keinen gesetzlichen Auftrag, die Zuständigkeit für die Arbeitsprüfung an die Kantone zu delegieren. Daher ist weiterhin eine gesamtschweizerische, verbindliche Arbeitsprüfung für offizielle Herdenschutzhunde vorzusehen.
Abs. 1	Zustimmung	Keine Bemerkungen
Abs. 2	Zustimmung	Keine Bemerkungen
Abs. 3	Grundsätzliche Überarbeitung	Es gibt keinen Bedarf und keinen gesetzlichen Auftrag, die Zuständigkeit für die Arbeitsprüfung an die Kantone zu delegieren. Daher ist weiterhin eine gesamtschweizerische, verbindliche Arbeitsprüfung für offizielle Herdenschutzhunde vorzusehen.
Abs. 4	Zustimmung	Keine Bemerkungen
Abs. 5	Zustimmung	Keine Bemerkungen
<b>Art. 10e</b>	<b>Kontrolle des Herden- und Bienenschutzes</b>	
Insgesamt	Grundsätzliche Überarbeitung	Antrag: «... fachgerecht umgesetzt werden, insbesondere bei jedem Nutztierriess. Sie sorgen dafür ...». Begründung: Diese Ergänzung ist sehr wichtig. Nur so ist der nötige Druck vorhanden, dass die nötigen Schutzmassnahmen wirklich ergriffen werden. Da die zumutbaren Schutzmassnahmen sowohl für Abschüsse als auch für Entschädigungen eine notwendige Bedingung darstellen, kann beides gar nicht beurteilt werden, wenn nicht bei jedem Nutztierriess eine Kontrolle der Umsetzung der zumutbaren Schutzmassnahmen stattfindet.
<b>Art. 10f</b>	<b>Förderbeiträge des BAFU zur Verhütung von Schäden durch Grossraubtiere</b>	
Insgesamt	Grundsätzliche Überarbeitung	Eine Kantonalisierung der Herdenschutzbeiträge ist strikte abzulehnen. Dass Nutztierhaltende neu nicht mehr schweizweit gleich lange Spiesse haben, ist negativ und für die Koexistenz Wolf – Alpwirtschaft schädlich.
Abs. 1	Zustimmung	Keine Bemerkungen
Abs. 2	Grundsätzliche Überarbeitung	Antrag: «Das BAFU regelt in einer Vollzugshilfe die finanzielle Förderung der Herdenschutz- und Notfallmassnahmen». Begründung: Es braucht weiterhin ein schweizweit einheitliches System für Beiträge für Herdenschutzmassnahmen. In der kleinräumigen Schweiz, wo es viele kantonsübergreifende Landwirtschaftsbetriebe gibt und wegen der Sömmerung auch einen eigentlichen «Nutztier-tourismus» (Vieh aus dem Mittelland sömmernd im Berggebiet), machen kantonale Unterschiede keinen Sinn.

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
<b>Art. 10g</b>	<b>Förderbeiträge zur Verhütung von Schäden durch Biber</b>	
Insgesamt	Grundsätzliche Überarbeitung	Antrag: Die Förderbeiträge sind auch für Fischotter auszurichten. Entsprechend sind auch Massnahmen für den Fischotter zu nennen.  Begründungen für die Erhöhungsanträge: Der Bund soll sich stärker beteiligen.
Abs. 1	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Antrag: «... 50 Prozent ...»
Abs. 2	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Antrag: «... 80 Prozent ...»
Abs. 3	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Antrag: «... 80 Prozent ...»
<b>Art. 10h</b>	<b>Zumutbarkeit von Massnahmen zum Schutz vor Schäden durch Biber und Fischotter</b>	
Insgesamt	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Zur Abwendung von Konflikten mit «bissigen» Bibern ist auch das Aufstellen eines Warnschildes im betroffenen Gewässerbereich zumutbar.
Abs. 1	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Siehe oben
Abs. 2	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	Keine Bemerkungen

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
Art. 12	<b>Schweizerische Forschungs-, Dokumentations- und Beratungsstelle für das Wildtiermanagement</b>	
Insgesamt	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Die Anpassung des Titels des 4. Abschnitts ist angesichts der Änderungen des Parlaments im Art. 14 JSG zielführend. Allerdings beschränkt sich danach die hier vorgeschlagene Anpassung von Art. 12 JSV ganz auf die sog. Schweizerische Forschungs-, Dokumentations- und Beratungsstelle für das Wildtiermanagement und auf wenige weitere Institutionen. Das wird dem Gesetzesauftrag bei weitem nicht gerecht.</p> <p>Es ist zu klären, dass im Sinne des JSG unter Wildtieren die freilebenden Arten der Säugetiere und Vögel zu verstehen sind. Für das Überleben vieler dieser Arten ist die Förderung entscheidend und zwar nicht nur jener Arten, die schwierig zu erfassen sind, und der Vorkommen in den Schutzgebieten nach dem JSG. Wie im ersten Satz der Erläuterungen steht, ist das JSG auch und zentral das Schutzgesetz für diese Arten. Deshalb müssen Massnahmen für die Arten, für welche das JSG zuständig ist, auch über die engen Einschränkungen in Abs. 3 hinaus gefördert und unterstützt werden.</p> <p>Bezüglich Zielpublikum nimmt der Entwurf den Art. 14 Abs. 1 JSG viel zu wenig auf. Letzterer spricht ganz klar von der Bevölkerung, welche über die Lebensweise der wildlebenden Tiere, ihre Bedürfnisse und ihren Schutz auseichend zu informieren ist.</p> <p>Betreffend die Grossraubtiere muss klar sein, dass der erweiterte Aufgabenkreis (Bestände, Rolle im Ökosystem und Schäden erfassen und darüber die Öffentlichkeit zu informieren) eine Aufgabe von Bund und Kantonen ist und diese für die Erfüllung sorgen müssen.</p> <p>Entsprechend ist der Entwurf gesamthaft zu überarbeiten. Dabei ist zu entscheiden, ob der Inhalt von Art. 14 JSG wirklich nur im Art. 12 JSV aufgenommen werden kann oder ob auch andere Artikel des 4. Abschnitts JSV angepasst bzw. ein neuer Artikel geschaffen werden muss.</p>
Abs. 1	Zustimmung	Keine Bemerkungen
Abs. 2	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Antrag: «... Institutionen, die in ihrer Tätigkeit unabhängig vom BAFU bleiben und alle ihre Ergebnisse öffentlich zugänglich machen, insbesondere ...»</p> <p>Die Liste in den Erläuterungen ist nicht vollständig. Es ist klarzumachen, dass es sich um eine beispielhafte Nennung einzelner Institutionen handelt und nicht eine abschliessende Liste.</p> <p>Anpassungen: «a. 1 Bedroht oder potenziell gefährdet sind, Konflikte ...</p>

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
		<p>2 oder ein kantonsübergreifendes ...“  3 oder in Schutzgebieten, darunter jenen nach .....  4 oder regional bedroht oder deren Bestände ...  b. oder Förderung von Arten und Lebensräumen in Schutzgebieten, insbesondere nach ...»</p> <p>Begründung: Die Definition der Bereiche der Leistungsaufträge ist viel zu eng, auch wenn Abs. 2 mit dem Wort «insbesondere» Platz für weitere Aufgaben lässt.  Es muss klar festgehalten werden, dass die Institutionen trotz Leistungsaufträgen unabhängig bleiben. Das ist besonders zu betonen, weil Vertreter des BAFU im Zusammenhang mit der JSG-Abstimmung 2020 massiven Druck auf solche Institutionen ausübten.</p>
Abs. 3	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>«d. „Fördermassnahmen und Überwachung der Bestände von Arten, die bedroht, potenziell gefährdet oder schwierig ...  e. ... von Projekten zu Förderung, Fang ...  f. ... von angewandten Förder- und Forschungsprojekten ...»</p> <p>Begründung: Beim entsprechenden Artikel im JSG geht es um Information und Förderung und nicht primär um Forschung.</p>
<b>Anhang 3</b>	<b>Die fünf Wolfsregionen der Schweiz</b>	
Insgesamt	Grundsätzliche Überarbeitung	<p>Regionen sind für kantonsübergreifende, an den Lebensräumen orientierte Massnahmen im Umgang mit dem Wolf grundsätzlich zu befürworten. Jedoch wäre eine Abschusspolitik nach Quoten nicht gesetzeskonform.  Es ist fraglich, ob es die Angabe eines Mindestbestandes braucht, wenn nur Wolfsrudel, welche grossen Schaden zu verursachen drohen, ganz entnommen werden dürfen.  Sollte am Anhang 3 mit Mindestbeständen pro Regionen festgehalten werden, wäre ein Mindestbestand von 40 Wolfsrudeln zu nennen:  Jura 6  Nordostschweiz 4  Zentralschweiz 6  Westschweizer Alpen 12  Südostschweiz 12</p>
<b>Anhang 4</b>	<b>Wildtierkorridore von überregionaler Bedeutung</b>	
Insgesamt	Zustimmung	Texteingabe

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
Andere	Weitere Bemerkungen	
Art. 2	<b>Art. 2 Abs. 1 Bst. e</b>	<p>Antrag:  <b>Bst. e «... Funktion. Ausgenommen sind Nachtsichtzielgeräte und Gerätekombinationen mit vergleichbarer Funktion für die nächtliche Wildschweinjagd ausserhalb des Waldes;»</b></p> <p>Begründung: Wir tragen einen Teil der Forderung von Jagdseite betreffend Nachtsichtgeräte mit.</p>
Art. 2	<b>Art. 2 Abs. 1 Bst. i</b>	<p>Antrag:            Bst. i Ziff. 4 streichen</p> <p>Begründung: Wir tragen die Forderung von Forst- und Jagdseite mit, Schalldämpfer zuzulassen.</p>
Art. 2	<b>Art. 2 Abs. 1 Bst. l</b>	<p>Antrag:  <b>Bst. l: «Bleimunition»</b></p> <p>Begründung: Unter dem Verhältnis zum internationalen Recht (Seite 5) wird in den Erläuterungen gesagt, dass die verbotenen Hilfsmittel und die Empfehlungen der AE-WA zum Verbot bleihaltiger Jagdmunition in nationales Recht umzusetzen sind. Doch es gibt dazu keine Bestimmungen im JSV-Entwurf. Da ein Verbot bleihaltiger Jagdmunition, wie im Erläuternden Bericht richtigerweise gesagt, für die Schweiz rechtlich verpflichtend ist, ist das zu ändern.</p> <p>Blei ist bereits in geringen Dosierungen für Mensch und Tier schädlich und reichert sich im Organismus an. Eine bedeutende Quelle für Bleivergiftungen liegt in der bleihaltigen Jagdmunition. In den Schweizer Alpen wurde wissenschaftlich belegt, dass Steinadler und Bartgeier an Bleivergiftungen gestorben sind, nachdem sie Reste von Wildtieren gefressen haben, die mit bleihaltiger Munition erlegt worden sind. Zudem kann auch das Wildbret für den menschlichen Konsum mit Blei kontaminiert sein. Das BLV empfiehlt deshalb Kindern bis zum 7. Lebensjahr, Stillenden, Schwangeren und Frauen mit Kinderwunsch auf den Verzehr von mit Bleimunition erlegtem Wild zu verzichten.</p> <p>Es kann eine angemessene Übergangsfrist gewährt werden.</p>
Art. 3bis	<b>Art. 3bis Abs.1</b>	<p>Antrag: <b>a. «der Feldhase, der Haubentaucher, die Spiessente, die Tafelente, die Moorente, die Samtente, die Eiderente, das Schneehuhn, der Birkhahn und die Waldschneepfe sind geschützt».</b></p> <p>Begründung: Die genannten Arten sind folgendermassen gefährdet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Feldhase: auf der Roten Liste, Bestände deutlich abnehmend</li> <li>○ Waldschneepfe: auf der Roten Liste, auch im Jura deutlich abnehmend</li> <li>○ Birkhahn: auf der Vorwarnliste, gefährdet durch Störungen auch durch Jagd</li> <li>○ Schneehuhn: auf der Vorwarnliste, gefährdet durch Klimawandel und Störungen</li> <li>○ Spiessente: auf der europäischen Roten Liste</li> <li>○ Tafelente: auf der europäischen Roten Liste</li> <li>○ Samtente: auf der europäischen Roten Liste</li> <li>○ Eiderente: auf der europäischen Roten Liste</li> <li>○ Eigentlich müsste auch die Jagdbarkeit der Saatkrähe (auf der europäischen Roten Liste) aufgehoben werden. Wir sind aber einverstanden, dass die Entwicklung</li> </ul>

Änderung der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel  
(Jagdverordnung, JSV)

Betreff	Akzeptanz	Kommentar / Änderungsantrag
		<p>ihrer Rote-Liste-Einstufung vorerst genau verfolgt wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Nicht gerechtfertigt ist auch eine Jagd auf Eichelhäher und Kolkrabe</li> </ul> <p>Gemäss Art. 5 Abs. 6 JSV kann der Bundesrat nach Anhören der Kantone die Liste der jagdbaren Arten gesamtschweizerisch beschränken, wenn es zur Erhaltung bedrohter Arten notwendig ist. Er sollte sich dazu verpflichtet fühlen, wenn Arten gefährdet oder potenziell gefährdet sind.</p>
Art. 4		<p><b>Art. 4 Abs. 1 Bst. g</b> Antrag: streichen Begründung: Art. 4 Abs. 1 Bst. g JSV muss gestrichen werden, da das Parlament mit dem Art. 7a Abs. 2 Bst. c JSV das genau gleiche, nämlich den Erhalt regional angemessener Wildbestände, ausdrücklich ins Gesetz aufgenommen hat. In den vorliegenden Erläuterungen wird genau das Gleiche mit dem Kanton als Inhaber des Nutzungsrechts beschrieben. Wenn nun aber das Parlament zusätzlich zum Tatbestand «Schaden» (Art. 71 Abs. 2 Bst. b JSV) auch noch den Tatbestand «Erhaltung angemessener Wildbestände» ins Gesetz geschrieben hat, kann daraus nur gefolgert werden, dass «die Erhaltung angemessener Wildbestände» nicht Teil von «Schaden» ist. Da der Tatbestand «angemessene Wildtierbestände» im JSV nur beim Wolf genannt ist und nicht unter dem für alle anderen Arten genannten «Schaden» subsummiert werden kann, besteht für den Art. 4 Abs. 1 Bst. g. JSV somit keine gesetzliche Grundlage. Der Bst. g ist demnach zu streichen.</p>
Art. 4		<p><b>Art 4 Abs. 2 Bst. e</b> <b>Art. 4 Abs. 2 Bst. e</b> Antrag: <a href="#">Ergänzung: «... auf den Bestand und jenen der anderen geschützten Arten und ihre Lebensräume».</a> Begründung: In die Interessenabwägung müssen bei Regulierungen geschützter Arten die Auswirkungen auf den Bestand nicht nur der gleichen Art, sondern auch der anderen geschützten Arten und der Lebensräume einbezogen werden.</p>

### III. Änderung anderer Erlasse

#### Verordnung über die eidgenössischen Jagdbanngebiete (VEJ) vom 30. September 1991

<b>Art. 5</b>	<b>Artenschutz</b>	
Abs. 1 Bst. f <sup>bis</sup>	Zustimmung	Keine Bemerkungen
Abs. 1 Bst. i	Zustimmung	Keine Bemerkungen
<b>Art. 15a</b>	<b>Finanzhilfen für Massnahmen zur Arten- und Lebensraumförderung</b>	
Insgesamt	Bitte auswählen	Texteingabe

#### Verordnung über die Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung (WZVV) vom 21. Januar 1991

<b>Art. 5</b>	<b>Artenschutz</b>	
Abs. 1 Bst. f <sup>bis</sup>	Zustimmung	Keine Bemerkungen
<b>Art. 15a</b>	<b>Finanzhilfen für Massnahmen zur Arten- und Lebensraumförderung</b>	
Insgesamt	Zustimmung	Keine Bemerkungen